

ÖGB-Csörgits: Mitgestaltung bei der Arbeitszeit muss möglich sein

Utl.: Auch Arbeitsmarktpolitik ist Teil der Zeitpolitik =

Wien (ÖGB/Sonntagsallianz). "Wenn wir über Zeitpolitik sprechen, dann muss auch über jene Gruppe von Menschen gesprochen werden, die zwar über viel freie Zeit verfügen, aber oft nicht wissen von was sie leben sollen. Es sind die Arbeitslosen", stellte ÖGB-Vizepräsidentin und Frauenvorsitzende Renate Csörgits bei der heutigen Enquete "Freie Zeit für Familie, Zeit die zählt" im Sozialministerium fest. Arbeitsmarktpolitik müsse daher Teil der Zeitpolitik sein, forderte Csörgits, die auch eine der drei SprecherInnen der Sonntagsallianz ist.++++

Zeitpolitik müsse die Zeit sinnvoll organisieren, damit gemeinsame freie Zeit möglich sei. Die Gewerkschaften und die Sonntagsallianz seien engagierte AkteurInnen in Sachen Zeitpolitik, meinte die ÖGB-Vizepräsidentin. Csörgits: "Uns geht es darum, dass die ArbeitnehmerInnen ihre Arbeitszeit mitgestalten können. Die Arbeitszeit muss für sie planbar sein, damit sie die daraus abgeleitete Freizeit auch nutzen können."

Ein besonderes Anliegen der Gewerkschaften sei es aber, dass jene, die zwar viel Freizeit, aber keine Arbeit und oft auch kein existenzsicherndes Einkommen haben, Beschäftigung und mit einem "Einkommen mit dem sie auch auskommen können" erhalten. Csörgits: "Arbeitsmarktpolitik ist daher auch Zeitpolitik". Zur Tatsache, dass vor allem Menschen, die wenig Geld zur Verfügung haben, dafür aber viel freie Zeit, meinte die ÖGB-Vizepräsidentin: "Es ist unerhört, dass es in einem so reichen Land wie Österreich so viele arme Menschen gibt". Sie regte an, endlich über eine bedarfsorientierte Grundsicherung intensiver nachzudenken.

Zur Zeitpolitik gehöre aber auch die Frage der Bildungsfreistellung wie auch der Teilzeit. So würden viele Eltern in "Zeitnotstand" geraten, wenn sie Kind und Job miteinander vereinbaren wollen. Csörgits: "Wir GewerkschafterInnen fordern deshalb schon lange ein Recht auf Teilzeit bis zum Schuleintritt des Kindes mit Rückkehrrecht auf Vollzeit." Dies sollte aber für alle gelten und nicht nur für ArbeitnehmerInnen in Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten. Die ÖGB-Vizepräsidentin: "Rund die Hälfte der Frauen

und ein Drittel der Männer arbeitet in Österreich in Betrieben mit weniger als 20 ArbeitnehmerInnen".

Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit gehöre auch die Forderung nach einer 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sowie die Frage der vielen Überstunden zur Zeitpolitik. Csörgits: "Eine Arbeitszeitverkürzung ist nötiger denn je. Wir GewerkschafterInnen fordern die schrittweise Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Überstunden sollten grundsätzlich in Freizeit abgegolten werden. In Niedriglohnbranchen muss allerdings das Grundentgelt stärker angehoben werden, damit ArbeitnehmerInnen nicht auf die Auszahlung von Überstunden angewiesen sind, um überhaupt über die Runden zu kommen."(ff)

ÖGB, 5. Dezember 2003

Nr. 1022

~

Rückfragehinweis: ÖGB Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Franz Fischill

Tel. (++43-1) 534 44/510 DW

Mobil: 0664/814 63 11

Fax.: (++43-1) 533 52 93

<http://www.oegb.or.at>

~

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

~

OTS0140 2003-12-05/12:06

~

051206 Dez 03

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20031205_OTS0140